

Update aus Düsseldorf

Der monatliche Plenar-Newsletter von Annette Watermann-Krass



Foto von v2osk/ Unsplash

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die dritte Corona-Welle hat Deutschland und Nordrhein-Westfalen im Griff, die Infektionszahlen steigen wieder. Die Pandemie wird zurzeit jedoch mehr verwaltet als besiegt.

Corona war dementsprechend auch ein Thema, das meine Arbeit im Wahlkreis in den letzten Wochen bestimmt hat. Anlässlich des Weltverbrauchertages schilderte die Verbraucherzentrale ihre Eindrücke nach exakt einem Jahr Corona - ein spannender Austausch. Auch die Berichte aus den Kommunen in diesen Wochen waren vielfältig und vielversprechend - die nächsten Bürgermeister:innengespräche standen auf dem Plan. Mehr dazu ab Seite 8.

An den drei Plenartagen in dieser Woche diskutierten wir daneben noch folgende Themen: Wir bringen unseren Gesetzentwurf für mehr Transparenz in den Parlamenten in den Landtag ein, wir wollen Mädchen und Frauen stärken und die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie in den Fokus rücken. Zudem habe ich in einer Plenarrede den aktuellen Antrag der CDU und FDP zum Zoonosen-Monitoring kritisiert - denn das letzte, was wir jetzt brauchen sind scheinheilige Symptombehandlungen. Die gesamte Rede ist auf Seite 5 zu finden. Viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst, Eure

Annette Watermann-Krass

Unser Entwurf für mehr Transparenz in den Parlamenten

Die Mitglieder des Landtags diskutieren in dieser Woche unseren Gesetzentwurf, der die Verknüpfung von Mandat und Lobbyismus unterbinden soll. Wir wollen Lobbytätigkeiten gegen Bezahlung verbieten, die Bestechlichkeit von Abgeordneten als Verbrechen einstufen und weitere Schritte für mehr Transparenz im Parlament einleiten. Denn: gleichzeitig Abgeordneter und bezahlter Lobbyist zu sein – das geht nicht!

[hier geht es zum Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion - Drucksache 17/13070](#)

[hier geht es zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/13071](#)



Foto von Markus Spiske / Unsplash

Corona-Chaos um den Einzelhandel

Ein Jahr Corona – und die Landesregierung sorgt weiterhin für Chaos. Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts kippte Anfang dieser Woche die Regelungen zu den Öffnungsmodalitäten des Einzelhandels. Schwere handwerkliche Fehler der Landesregierung hatten es nötig gemacht: Eine Bevorzugung einzelner Branchen seien nicht gerechtfertigt, so das Gericht. Wir wollen wissen, wie es zu diesem Fehler kommen konnte, und haben eine Aktuelle Stunde zum Thema beantragt.



Foto von Bill Oxford / Unsplash

In dieser Ausgabe:

- 02** UNSER ENTWURF FÜR MEHR TRANSPARENZ IN DEN PARLAMENTEN
- 02** CORONA-CHAOS UM DEN EINZELHANDEL
- 03** SOCIAL MEDIA
- 03** ÜBERGABE VON 100.000 PROTESTBRIEFEN GEGEN DIE ZP 10
- 04** WEITERE THEMEN AUS DEM LANDTAG
- 05** MEINE PLENARREDE
- 06** WELTFRAUENTAG AM 08. MÄRZ - NOCH LANGE NICHT AM ZIEL
- 07** 1.000 METER-ABSTAND FÜR WINDKRAFT-ANLAGEN IST FÜR DEN KREIS WARENDORF EIN RÜCKSCHRITT BEI DER ENERGIEWENDE
- 08** IM GESPRÄCH MIT SENDENHORSTS BÜRGERMEISTERIN KATRIN REUSCHER
- 09** WELTVERBRAUCHERTAG
- 10** GESUNDE ERNÄHRUNG VON DER PIKE AUF
- 10** DIGITALER AUSTAUSCH MIT OSTBEVERANER BÜRGERMEISTER KARL PIOCHOWIAK

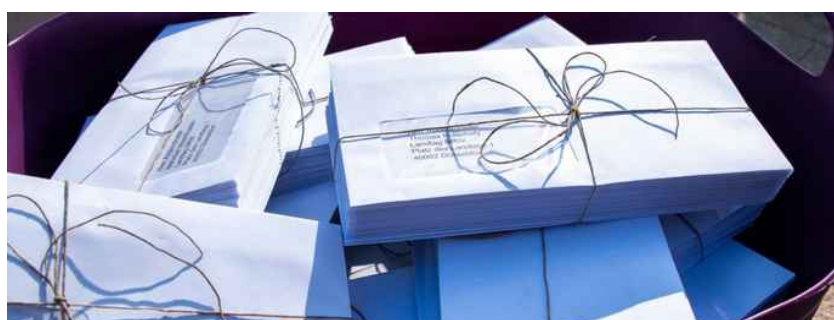
Social Media



Übergabe von 100.000 Protestbriefen gegen die ZP 10

Die Landesregierung möchte, dass die Prüfungen für die 10. Klassen und höher trotz Corona zentral stattfinden. Das finden wir nicht fair!

Auch die Landeselternschaft der integrierten Schulen (LEiS) NRW findet das ungerecht und übergab uns deshalb 100.000 Protestbriefe. Wir stehen an der Seite der SchülerInnen und setzen weiterhin auf starke Kinder und starke Zukunft durch Bildung. Mit unserem Änderungsantrag zum Bildungssicherungsgesetz machen wir uns weiterhin stark dafür.



Perspektiven für Lernorte schaffen

Ob Museen, Sportstätten oder Theater – außerschulische Lernorte sind Teil der Lösung, nicht des Problems. Sie bieten räumliche Möglichkeiten ergänzend zu Kita und Schule und verfügen über qualifiziertes Personal. Wir fordern daher, Öffnungsszenarien für außerschulische Lern- und Begegnungsorte für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Wenn Hygienekonzepte vorhanden sind, tragen diese Orte ihren Teil zur guten Bildungsarbeit bei.

[hier geht es zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/13067](#)

Unsere Verantwortung für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche leiden besonders unter der Pandemie und ihren Folgen. Wir finden: Bei Öffnungsperspektiven müssen vor allem ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt rücken, Angebote für sie sind vorrangig zu öffnen. In unserem Antrag fordern wir außerdem einen Kinder- und Jugendgipfel, die Möglichkeit zu so genannten Spucketests und die Finanzierung von Bildungsangeboten der Familienbildung – für den Neustart nach der Pandemie.

[hier geht es zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/13066](#)

Mehr Stärkung für Mädchen und Frauen

Der März bietet mit dem Weltfrauentag und dem Equal Pay Day gleich zwei Tage, die auf die Situation von Mädchen und Frauen hinweisen. Auch wir setzen uns in dieser Woche mit der Situation des weiblichen Geschlechts auseinander. Zum einen zielt unser Antrag „Cyber-Sexismus ein Ende setzen“ auf die Stärkung von Mädchen und jungen Frauen gegen digitale Gewalt. Zum anderen gilt es, das bislang ungenutzte Potential von Frauen für die digitale Transformation zu aktivieren. Über unseren entsprechenden Antrag „Gendergerechtigkeit und Digitalisierung zusammen denken“ wird heute abschließend abgestimmt.

[hier geht es zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/9811](#)

Teilhabe von wohnungslosen Menschen verbessern

In NRW sind zurzeit 46.000 Menschen ohne eigenen Wohnsitz. Es bedarf mehr Hilfen in den Kommunen, um ihnen Zugang zu Wohnungen und Unterstützung zu ermöglichen. Die Einrichtung eines Modellprojekts für eine landesweite Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen in NRW kann diese Hilfen und Strukturen bündeln. Wir bringen dazu einen entsprechenden Antrag ins Plenum ein.

[hier geht es zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 17/13069](#)

Mehr Erkenntnisse über Kriminalität

Wir fordern die Erstellung eines Sicherheitsberichts, um das Dunkelfeld der Kriminalität ausreichend beleuchten zu können. Denn: Damit Polizei und Sicherheitskräfte konkrete Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln können, bedarf es umfassender Erkenntnisse zur Kriminalitätsentwicklung. Bereits im Mai 2020 haben wir diese Forderung in den Landtag von NRW eingebracht und bleiben dabei: NRW braucht mindestens einmal pro Legislaturperiode einen derartigen Sicherheitsbericht.

[Kompakt-Info Kriminalität](#)

Meine Plenarrede: "Die Lehren aus den Ursachen der Coronavirus-Pandemie ziehen - Zoonosen erforschen, monitoren und vermeiden"

Liebe Kollegen der CDU und FDP,

Fast hätten Sie es geschafft, mit Ihrem Antrag den Eindruck zu erwecken, Sie würden aktuelle globale Probleme entschlossen und konstruktiv angehen. „Die Lehren aus den Ursachen der Pandemie ziehen“ - als Titel klingt das erstmal gut und aufrichtig – schließlich hat die Landesregierung in diesem Bereich durchaus noch Lernpotenzial.

Aber was steckt hinter diesem sogenannten „Antrag“ von Ihnen? An Ihrem Vorhaben, Zoonosen besser zu erforschen und vermeiden zu wollen, haben wir soweit nichts auszusetzen, es geht also erstmal vielversprechend los.

Beim weiteren Lesen muss man jedoch feststellen:

Sie fordern Ihre Ministerin auf, im nächsten Umweltausschuss einen Bericht vorzustellen. Dafür brauchen Sie keinen Antrag – das hätten Sie doch auch auf dem direkten Wege oder durch Beantragung für die nächste Tagesordnung machen können.

Dann fordern Sie: es soll geprüft und informiert werden. Der Austausch soll verstärkt werden. Dabei besteht doch ein nationales Zoonosen-Monitoring und ein europäisches Netzwerk – Sie erwähnen es ja selbst so im Antrag. All das, was Sie beanspruchen, existiert bereits.



Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang auch Ihre Forderung, den Tierhandel stärker einzudämmen und besser zu kontrollieren. Hier erwähnen sie Ratten, Hunde und Katzen. Dabei ist vor allem der illegale internationale Wildtierhandel das wachsende Problem und gehört zur lukrativsten Form der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.

Erst ganz am Ende Ihrer Begründung erwähnen Sie: „Die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt sind eng miteinander verknüpft.“ Eine wahre Erkenntnis, aber Sie führen dazu nichts weiter aus.

Stattdessen fordern sie mehr Kontrollen. Dabei muss das Problem doch ganzheitlich angegangen werden. Die Übernutzung unseres Planeten, der immer extremere Eingriff in die Ökosysteme und der Klimawandel sind doch die wesentlichen Gründe, warum wir das Problem mit Zoonosen haben.

Wie wollen Sie die biologische Vielfalt und die natürlichen Lebensräume schützen? Davon ist in Ihrem Antrag nichts zu lesen. Wenn wir die Tiere und die Natur weiterhin ihren Rückzugsorten berauben, wird das Überspringen der Viren vom Tier auf den Menschen immer wahrscheinlicher. Das ist es, was ich in Ihrem Antrag vermisste!

Wir brauchen funktionierende Lebensräume, um die Ursachen für Pandemien eindämmen zu können - das Stichwort lautet Biodiversität!

Und einen zweiten Punkt vermisste ich in ihrem Antrag: Das ist die aktuelle Art unserer Nutztierhaltung. Wenn Tiere in so großer Anzahl mit wenig Platz gehalten werden, begünstigt dieses die Entstehung von multiresistenten Keimen und letztendlich auch die Möglichkeit, dass diese für uns Menschen gefährlich werden können.

Wo sind hier Forderungen im Sinne der Borchert-Kommission die Tierhaltung grundsätzlich zu ändern? Damit nicht nur die Landwirte, die Tiere und letztendlich auch wir Menschen davon einen Nutzen haben.

Eine Richtungsänderung bei der nächsten Gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist aus unserer Sicht angezeigt. Da lässt die Bundesministerin Klöckner allerdings jede Ambition vermissen, den neuen Förderrahmen so zu gestalten, dass es mehr Geld für Tier- Umwelt- und Klimaschutz gibt.

Wir stimmen der Überweisung zu und ich freue mich auf anregende Diskussionen zu dem Thema in den kommenden Ausschusssitzungen. Aber vielleicht hat Ihre Ministerin ja bis dahin schon den Zoonosen Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Danke für ihre Aufmerksamkeit,

Weltfrauentag am 08. März - noch lange nicht am Ziel

Im Jahre 1910 hat die Frauenrechtlerin und Sozialistin Clara Zetkin den internationalen Frauentag gemeinsam mit ihren Mitstreiterinnen aus 17 Nationen ins Leben gerufen. Bis heute ist dieser Tag eine wichtige Plattform für Frauenbewegungen und dient dazu, auf die noch immer herrschende Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen aufmerksam zu machen. Dieser globale Zustand wird durch die Coronapandemie leider noch weiter verstärkt: Das Risiko häuslicher Gewalt gegen Frauen erhöht sich und die ohnehin schon schlechter gestellte berufliche Lage spitzt sich in vielen Bereichen zu. Deshalb stand der diesjährige Weltfrauentag ganz bewusst im Zeichen von #Corona und trug das Motto: „Frauen in Führungspositionen: Für eine ebenbürtige Zukunft in einer Covid-19-Welt“ – das kann ich nur unterstützen!



*Am heutigen
Weltfrauentag müssen
wir uns erneut
darüber im Klaren
werden, dass wir noch
immer nicht am Ziel
der Gleichberechtigung
angekommen sind.
Bis dahin sollte jeder
Tag Weltfrauentag
sein.*

Annette Walzmann-Grau

Der 1.000 Meter-Abstand für Windkraftanlagen ist für den Kreis Warendorf ein Rückschritt bei der Energiewende

Eine pauschale Abstandsregelung für Windkraftanlagen wird von der SPD-Fraktion klar abgelehnt. Meine Position zur Antwort der Landesregierung auf unsere kleine Anfrage zu den Auswirkungen der neuen Abstandsregelungen für Windenergieanlagen gibt es hier zum Nachlesen.

Etwa 10% der Bruttostromerzeugung in NRW stammten 2017 aus erneuerbaren Energien, wovon etwa die Hälfte durch Windkraft erzeugt wurde. Auch in NRW trägt die Windkraft somit einen großen Teil zur Energiewende bei. Die 2019 auf Bundesebene eingeführte Opt-In-Möglichkeit zur länderspezifischen Regelung von Abständen (die sogenannte „Länderöffnungsklausel“), nutzt die schwarz-gelben Landesregierung nun für einen Gesetzesentwurf, in welchem ein pauschaler 1000 Meter-Abstand zu Wohnbebauungen eingeführt werden soll. Ein pauschaler Abstand von 1000 Metern würde die Energiewende jedoch massiv erschweren. Zu den konkreten Auswirkungen der neuen Abstandsregelung für Windenergieanlagen in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und der Stadt Münster habe ich gemeinsam mit den Abgeordneten André Stinka und Frank Sundermann kürzlich eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt.

Die Flächen die für potentielle Windenergieanlagen in NRW genutzt werden könnte, würde im Fall eines pauschalen 1000 Meter-Abstands massiv reduziert. In dem Zwischenbericht der Potenzialstudien zur Windenergie in NRW wird deutlich,

Die Flächen die für potentielle Windenergieanlagen in NRW genutzt werden könnte, würde im Fall eines pauschalen 1000 Meter-Abstands massiv reduziert. In dem Zwischenbericht der Potenzialstudien zur Windenergie in NRW wird deutlich, dass im Münsterland nur noch vereinzelte potentielle Standorte für Windenergieanlagen vorzufinden sind. Zudem würde der Austausch von älteren Anlagen durch neue und leistungsfähige Anlagen durch die Abstandsregelung kaum noch möglich sein. Aus den Antworten des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen auf die kleine Anfrage geht allerdings hervor, dass von den bereits existierenden 955 Windenergieanlagen in den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf sowie im Gebiet der Stadt Münster allein bis 2030 über die Hälfte der Anlagen ihre technische Lebensdauer von 20 Jahren erreichen werden.

Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass die Regelungen im Bundesimmissionsschutzgesetz bereits einen ausreichenden Schutz gewährleisten. Flexible und an die Örtlichkeit angepasste Abstandsgebote bieten wesentlich bessere Möglichkeiten, um die Energiewende voran zu bringen anstatt diese durch einen pauschalen 1000 Meter-Abstand zu erschweren. Ich habe eine klare Haltung zu dem Thema: Um die Klimaschutzziele zu erreichen brauchen wir den weiteren Neu- und Ausbau der Windenergie und keine weiteren bürokratischen Hemmnisse!



Notwendig wäre allerdings ein Flächendeckel für Windkraftanlagen in NRW um den Ausbau in bereits besonders belastete Regionen zu begrenzen und so eine weitere Zunahme der Belastungen in diesen Gebiete zu verhindern.

[Hier geht es zur Antwort der Landesregierung](#)

Im Gespräch mit Sendenhorsts Bürgermeisterin Katrin Reuscher: Bürgernahe Politik für alle Generationen

Zu unserem ersten Jahresaustausch habe ich mich mit Katrin Reuscher, seit 2020 Bürgermeisterin von Sendenhorst, getroffen. Mit dabei war auch die Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat, Christiane Seitz-Dahlkamp. Hier gibt's den dazugehörigen Bericht zum Nachlesen.

Katrin Reuscher möchte nah an den Bürger:innen sein und sie in politische Entscheidungsfindungsprozesse einbinden – auch und gerade in Zeiten von Corona. Unterstützung für diese Einstellung erhält sie von Christiane Seitz-Dahlkamp: „Die Kommune ist die Vermittlerin zwischen Politik und Gesellschaft.



Mit Christiane Seitz-Dahlkamp (rechts) und Katrin Reuscher (mitte)

Hier wird Vieles umgesetzt, was andernorts vorgegeben wird.“ Dies sei ganz konkret Aufgabe einer Bürgermeisterin. In der aktuellen Lage ist die Einbindung der Bevölkerung eine besondere Herausforderung. Hierzu gehöre auch, dass Behörden Anregungen aus der Bürgerschaft ernst nähmen. Ein guter Dialog zwischen Kommunal- und Landesebene ist dafür unerlässlich: Beispielsweise durch die Einwirkung über den entsprechenden Fachausschuss auf ausführende Organe wie Straßen.NRW: „Es kann nicht sein, dass die Vorschläge zur Lösung der Verkehrsproblematik in beiden

Ortsteilen immer nur zu Schulterzucken bei den zuständigen Stellen führen“, merkt Christiane Seitz-Dahlkamp für Sendenhorst und Albersloh an. Die Landtagsabgeordnete Annette Watermann-Krass versicherte ihr daraufhin, das Thema entsprechend auf der Landesebene anzugehen.

Die Abgeordnete sieht im Bereich Beteiligung auf der anderen Seite jedoch auch den langfristigen Handlungsbedarf in der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen: „Junge Menschen müssen so früh wie möglich lernen, dass sie von ihrem Mitspracherecht profitieren können. Nur so können wir zukünftige Generationen für Politik begeistern.“

OGS-Ausbau: Die Schule als Lern- und Lebensort

Ein wichtiger, wenn auch lange nicht der einzige Ort für politische Bildung, ist und bleibt die Schule. Ab 2025 hat, in aufwachsenden Jahrgängen, jedes Kind einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz im offenen Ganztage. Dadurch nimmt die jeweilige Einrichtung als Lern- und Lebensort im Alltag eines jeden Kindes einen noch höheren Stellenwert ein. Dass bis dahin aber noch viel passieren muss, berichtet Annette Watermann-Krass: „Bisher fehlt in dem Bereich die gesetzliche Grundlage. Für angemessene Standards hinsichtlich Betreuung, Personal und Räumlichkeiten ist dies jedoch unverzichtbar. Nur so können wir gleiche Bildungschancen für jedes Kind garantieren.“ Katrin Reuscher kann dem nur zustimmen und ergänzt: „Auch die für diesen Ausbau zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel müssen jetzt fließen. Bisher gestaltete sich die Abwicklung über Bund und Land kompliziert und langwierig. Als Kommune müssen wir jedoch in der Lage sein, zügig zu handeln, um den Kindern die bestmögliche Form von Unterricht und Betreuung bieten zu können.“ Diesem Anspruch folgen Annette Watermann-Krass und Christiane Seitz-Dahlkamp und unterstützen die Bürgermeisterin gern dabei, in Sendenhorst auch weiterhin gute Bildung für alle zu ermöglichen.

Weltverbrauchertag: Beratung wichtiger denn je

Anlässlich des Weltverbrauchertages habe ich mich zum alljährlichen Austausch mit der Verbraucherzentrale getroffen - in diesem Jahr aufgrund der Umstände digital. Hier gibt's den Artikel dazu.

Die Bedeutung des Verbraucherschutzes nimmt in Corona-Zeiten einen immer höheren Stellenwert ein. Darüber haben sich anlässlich des Weltverbrauchertages am 15. März Vertreter:innen der Verbraucherzentrale NRW und die SPD-Abgeordneten des Kreises Warendorf Annette Watermann-Krass (Landtag) und Bernhard Daldrup (Bundestag) ausgetauscht. Der landesweite Verbraucherschutz wurde vertreten durch den Vorstand Wolfgang Schuldzinski. Für die Beratungsstelle Ahlen im Kreis Warendorf schilderten Judith Spittler und Daniela Kreickmann ihre Eindrücke des letzten Jahres: „Seit wir die Corona-Hotline vor einem knappen Jahr eingerichtet haben, stand das Telefon nicht mehr still“, berichtet Kreickmann. Judith Spittler erläutert: „Durch den Lockdownbeginn mussten wir das erste mal überhaupt unsere Türen schließen. Das war eine völlig neue Situation für uns und natürlich auch für die Verbraucher.“ Schnell wurde auf die telefonische und digitale Beratung umgestellt.

Diese könne die persönliche Beratung zwar nicht ersetzen, biete aber auch viele Vorteile: „Die Hemmschwelle, sich Hilfe zu holen und sich zu informieren, sinkt dadurch enorm.“ Besonders bemerkenswert sei die Dankbarkeit vieler Verbraucher:innen.

Durch die Corona-Pandemie und den damit verbundenen Anstieg des Online-Handels nehmen die Betrugsfälle im Netz zu. Auch einige Reiseveranstalter versuchen nach Möglichkeit, das Geld von im Voraus bezahlten und wieder abgesagten Reisen einzubehalten. In diesen Fällen bietet die Beratungsstelle Ahlen neben der Beratung vor allem Hilfe zur Selbsthilfe – durch einen umfassenden Downloadbereich mit Musterschreiben und Textbausteinen zum Beispiel. Im Bereich der Energieberatung, die ebenso einen sehr großen Anteil der Anfragen ausmacht, hat die Verbraucherzentrale ihr Angebot zudem um Online-Seminare und Informationsveranstaltungen erweitert.



Gesunde Ernährung von der Pike auf

Neben diesem aktuellen Lagebericht stand auch das Thema „Gesunde Ernährung in Schulen“ auf der Agenda. Für Annette Watermann-Krass als SPD-Sprecherin der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ im Landtag ein wichtiges Anliegen. Die Verbraucherzentrale unterstützt die Landesregierung diesem Bereich bereits vor 12 Jahren mit der Vernetzungsstelle „Essen und Trinken in der Schule“. Vor einigen Jahren wurde das Projekt auf Kitas ausgeweitet. Im Austausch darüber machte Annette Watermann-Krass ihren Standpunkt deutlich: „Altersgerechte Angebote müssen Kindern gesunde Ernährung schmackhaft machen. Dafür braucht es mehr und mehr regionale Wertschöpfungsketten: Schon die Kleinsten müssen von Anfang an lernen dürfen, woher das Essen auf ihrem Teller kommt.“ Auch das sei von Beginn an gelebter Verbraucherschutz. ■

Digitaler Austausch mit Ostbeveraner Bürgermeister Karl Piochowiak

Auch mit Karl Piochowiak, seit 2020 Bürgermeister von Ostbevern, habe ich mich zu einem ersten digitalen Austausch getroffen. Mit dabei war zudem Thomas Manthey, seit der letzten Kommunalwahl Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat. Ein großes Thema waren natürlich die hohen Corona-Zahlen vor Ort. Glücklicherweise sind die entsprechenden Infektionsketten schnell identifiziert worden, sodass das Geschehen mittlerweile gut unter Kontrolle ist.



Für die Gemeinde Ostbevern gibt es viele interessante Zukunftsvorhaben. Ein an die aktuellen Umwelt-Ansprüche angepasstes Quartierskonzept beispielsweise, oder den Neubau einer Grundschule. All das werde ich mit großem Interesse verfolgen und freue mich nach diesem ersten Kennenlernen auf einen zukünftig engen Austausch zwischen Land und Kommune mit dieser zukunftsorientierten Gemeinde! ■

So erreichen Sie uns

Haben Sie Fragen und/oder Anregungen? Kontaktieren Sie uns:

Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Annette Watermann-Krass

Roonstr. 1

59229 Ahlen

T: 02382/9144-50

M: annette.watermann-krass@landtag.nrw.de

www.watermann-krass.de